

# Sozialdemokraten zeigen Einigkeit beim Thema Wohnen

Beim Politischen Aschermittwoch des Ortsvereins Zellerau dreht sich alles um bezahlbares Wohnen

Von unserem Mitarbeiter  
**AARON NIEMAYER**

**WÜRZBURG** Anlässlich ihres 43. Politischen Aschermittwochs traf sich die Zellerauer SPD unter dem Motto „Wohnen in der Universitätsstadt Würzburg“ im Würzburger Hofbräu Keller zur Diskussion. Als Teilnehmer geladen waren Michael Reitmair, Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Würzburg, der SPD-Landtagsabgeordnete Georg Rosenthal sowie Hochschulpfarrer Burkard Hose. Inhaltliche Differenzen gab es kaum, stattdessen wurde Einigkeit demonstriert und die bayerische Staatsregierung kritisiert.

„Für Normalverdiener muss genug bezahlbarer Wohnraum in Würzburg vorhanden sein“, eröffnete Klaus Friedrich, Vorsitzender der Zellerauer SPD, die Diskussion, die er zusammen mit André Breunig moderierte. „Die Wohnsituation in Würzburg ist angespannt“ stimmte ihm dieser zu. Gründe dafür seien eine zunehmende Wanderbewegung vom Land in die Städte, eine zunehmende Anzahl von Studierenden in

Würzburg sowie die weiterhin hohe Anzahl an Geflüchteten, die nach einer Wohnung suchten.

## Neiddebatte kommt auf

Hier setzte Hochschulpfarrer Hose an, dem die zunehmende Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt Sorgen bereite. Der überlastete Markt erzeuge eine Neiddebatte, die von gewissen politischen Kräften dazu instrumentalisiert würde, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben. Mit seinem Projekt „Wohnen für Hilfe“, das

Studierenden Wohnraum im Austausch gegen soziale Leistungen wie Unterstützung im Haushalt vermittelt, wolle er einen kleinen Teil zur Entspannung der Situation beitragen. Rund 115 Partnerschaften habe das Projekt schon vermittelt. Nun sei es jedoch aufgrund steuerlicher Schwierigkeiten finanziell bedroht, weshalb er auf öffentliche Unterstützung hoffe.

Auf öffentliche Unterstützung hoffte auch Michael Reitmair, Sprecher der Juso-Hochschulgruppe

Würzburg. Jedes Jahr zu Beginn des Wintersemesters gebe es wieder hunderte von Studierenden, die weder eine eigene Wohnung noch einen Platz in einem studentischen Wohnheim finden würden. Diese müssten teilweise in Schlafsäcken vor Seminarräumen campieren, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden würden. Das Problem sah er vor allem darin, dass nicht genug neue Wohnheimplätze gebaut würden. Rund 3700 Wohnheimplätze gebe es in Würzburg, auf die sich jedes Jahr

etwa 4700 Interessenten bewerben würden.

Georg Rosenthal, SPD-Landtagsabgeordneter und ehemaliger Oberbürgermeister von Würzburg, sah vor allem die Regierungen in der Verantwortung: „Wenn Wohnen gelingen soll, dann nur mit öffentlichen Mitteln von Bund und Land“. Insbesondere die bayerische Staatsregierung sei für die grassierende Wohnungsnot verantwortlich.

Schließlich sei sie es gewesen, die eigene Wohnungsbestände günstig veräußert und dann Gelder für den sozialen Wohnungsbau gekürzt hätte. Auch sei das bayerische Mobilitätskonzept „von vorgestern“, was dazu führe, dass die Konkurrenz auf dem städtischen Wohnungsmarkt stetig steige.

Gut anzukommen schienen die Positionen bei den erschienenen Genossinnen und Genossen. Neben zustimmendem Nicken reagierten diese mit höflichem Applaus und mit bekräftigenden Redemeldungen. Eignigkeit, so schien es, war in diesen turbulenten Zeiten nicht nur den Rednern auf der Bühne wichtig.

*Montag 16.02.18*



Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal fand im Hofbräu Keller Zustimmung für seine Kritik an der Staatsregierung. Von links: Klaus Friedrich, Burkard Hose, Michael Reitmair, Georg Rosenthal, André Breunig. FOTO: AARON NIEMAYER